



Glaubwürdige Abschreckung stärken: Was die NATO tun muss

Dr. Heinz Neubauer

Zum Mitnehmen

- Die Annexion der Krim durch die Russische Föderation hat die NATO-Prioritäten geändert.
- Glaubwürdige Abschreckung setzt Willen, Ressourcen und realistische Planungen voraus.
- Zivile Widerstandsfähigkeit ist die Voraussetzung zur Abwehr hybrider Konfliktformen.
- NATO-Übungen müssen „offen für glaubwürdige Abschreckung“ werden.
- Sorgsame Art. IV-Konsultationen im Bündnis stärken die Reaktionsfähigkeit bei Überraschungen.

INHALT

2 | Neue Lage**2 | Rückversiche-
rungspolitik und glaub-
würdig unterlegte ope-
rative Fähigkeiten****3 | Zivile Wider-
standsfähigkeit****4 | Übungen und Pla-
nung****6 | Beratungen nach
Art. IV stärken die
Reaktionsfähigkeit**

**Besondere Verantwor-
tung Deutschlands****Der Readiness Action
Plan****Neue Lage**

Aus Sicht des Kremls ist die zurückhaltende (Militär-)Politik des amerikanischen Präsidenten Obama – insbesondere der eilige Rückzug aus Irak und Afghanistan sowie das Zögern in Syrien – ein Zeichen westlicher Schwäche, die Russland neue Handlungsoptionen ermöglicht hat. Da Wladimir Putin den Zerfall der Sowjetunion als die größte geopolitische Katastrophe seiner Generation begreift, muss er sich darum bemühen, das unter Stalin gewonnene Glacis, welches durch den Zusammenbruch der Sowjetunion „verloren“ ging, neu zu besetzen. Und dabei sind „farbige Revolutionen“ in den früher zur Sowjetunion gehörenden Territorien von Übel, auch weil diese in die russische Gesellschaft ausstrahlen und so Putins Herrschaftsmodell zu unterminieren drohen. Der Krieg gegen Georgien 2008, die völkerrechtswidrige Annexion der Krim 2014 und die fortgesetzte Destabilisierung der Ostukraine sowie die aggressive Rhetorik gegenüber anderen Nachbarstaaten („frozen conflicts“) sind Ergebnis dieses Kalküls.

Für die NATO ergibt sich daraus nach Jahren der Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes („out of area“) die Notwendigkeit, der territorialen Bündnisverteidigung neue Aufmerksamkeit zu widmen. Der NATO-Gipfel in Wales 2014 stand ganz im Zeichen der verbesserten Verteidigung und Abschreckung an den Bündnisgrenzen. Auch der Gipfel in Warschau im Juli 2016 wird sich damit befassen müssen, dass die NATO-Streitkräfte derzeit in ihrer vollen Bandbreite gefordert sind – vom globalen Krisenmanagement über die Abschreckung im Osten bis hin zur Unterstützung der Grenzsicherung im Mittelmeer.

Deutschland steht als wirtschaftstärkstes und bevölkerungsreichstes europäisches NATO-Mitglied bei diesen strategischen Fragen besonders im Blickfeld. Auch deshalb, weil Deutschland als Macht in der Mitte Europas herausgehobene Verantwortung für die Grundstabilität des Kontinents zukommt und es den Ausgleich zwischen regionalen Perspektiven zu suchen versteht.

Rückversicherungspolitik und glaubwürdig unterlegte operative Fähigkeiten

Um im Fall einer Krise den Bündniswillen zur gemeinsamen Verteidigung zu unterstreichen, hat die NATO seit 2002 ein Kräftedispositiv, die NATO Response Force (NRF), aufgestellt. Von Anfang an sollten folgende Komponenten verlegbar sein (nach 5 bis 30 Tagen Vorbereitung): Landstreitkräfte bis zur Brigadestärke, See- und Luftstreitkräfte bis zur Stärke einer „NATO Task Force“ (bis zu einer Flugzeugträgerkampfgruppe), Luftstreitkräfte für bis zu 200 Einsätze pro Tag sowie die erforderlichen Unterstützungskräfte. Aber nach einzelnen Übungen in den ersten fünf Jahren stand die NRF nur als Planungsgröße in den offiziellen Dokumenten; ein simultaner Test fand nie statt, vielmehr war die NRF ein Mittel zur Transformation der verbündeten Streitkräfte. Das Augenmerk lag auf den „out-of-area“-Einsätzen wie KFOR und ISAF.

Dies hat sich im Februar / Juni 2015 verändert: Aus den ad-hoc-Maßnahmen nach der Krim-Annexion und dem militärischen Konflikt in der Ostukraine ließ die NATO anerkennenswert rasch – vielleicht auch zum Erstaunen im Kreml – dem „Readiness Action Plan (RAP)“ den Beginn konkreter Maßnahmen folgen. Vier Komponenten stehen dabei im Zentrum:

- ein verlegbares multinationales Hauptquartier (Joint Task Force HQ)
- den schnellen Eingreifverband Very High Readiness Joint Task Force (VJTF, „Speerspitze“)
- den Kommandobereich der Gruppe von Folgekräften in der Anfangsphase (Initial Follow On Forces Group (IFFG)), bestehend aus schnellen verlegbaren Eingreifkräften, die der VJTF in einer Krise folgen) und
- eine Reserve an Reaktionskräften mit dem Response Forces Pool (RFP).

Die Absichtserklärung trifft allerdings bei allen NATO-Partnern auf zum Teil hohle, wenig belastbare Strukturen. Weder reicht die tatsächlich verfügbare Materialausstattung, noch sind alle Personalstellen besetzt und das Personal ausgebildet, noch können die für mindestens 30 Tage festgelegten Versorgungsumfänge für Munition, Ersatzteile und Austauschgeräte sichergestellt werden. Auch weil eine strategische Verlegung – wenn sie denn von einem potentiellen Gegner zugelassen werden würde – nur des Heeresumfanges durch die Luft rund 400 Flüge des vor allem von den USA betriebenen Transportflugzeugs C-17 ‚Globemaster‘ (max. Nutzlast 77,5 t) voraussetzt, ist die NRF (noch) ein schwaches Instrument, welches die politisch-psychologische Rückversicherung der östlichen NATO-Mitgliedstaaten nur teilweise erfüllt.

Daher muss den politischen Absichtserklärungen und der seit 2014 intensivierten Übungstätigkeit nun ein langfristiges Investitionsprogramm folgen, welches die verbündeten Streitkräfte, ihre Arsenale und die Infrastrukturen in den möglichen Einsatzländern (host nations) stärkt. Nur wenn Ausrüstung und Material für die VJTF und die IFFG in Teilen vorausstationiert sind, kann eine rasche Verlegung von Personal in der Krise erfolgen, zumal die geringe strategische Tiefe der Länder an der NATO-Ostgrenze keinerlei Zeitverzug abfedern kann. Die strategischen Verbindungslinien über Land und See müssen zudem bereits von Anfang an gesichert werden, um eine Verlegung von Truppenteilen zu ermöglichen. Analog müssen See- und Luftstreitkräfte über die operativ notwendige Minimalzahl an Plattformen verfügen; den Unterschied zwischen einem Buchbestand und einem einsatzklaren Stärkeumfang gilt es sowohl zu erkennen als auch für realistische Pläne zu berücksichtigen. Im Einzelfall kann sonst sehr schnell die Betrachtung von Optionen drohen, die den Einsatz nuklearer Fähigkeiten als letztes Mittel der Politik einschließen.

Zivile Widerstandsfähigkeit

Spätestens mit den Attacken auf das Internet Estlands im Frühjahr 2007 ist jedem Beobachter vor Augen geführt worden, wie sehr westlich orientierte Demokratien neuen Gefährdungen weit unter der Schwelle einer militärischen Auseinandersetzung unterliegen. Daher kommt, wie auch der Krieg in der Ukraine deutlich gemacht hat, dem freien Zugang zu Informationen und Nachrichten für jeden Bürger im NATO-Bündnis ein kaum zu unterschätzender Stellenwert zu. Nur so kann sich jeder Bürger eigenverantwortlich eine eigene Meinung bilden und Information von Desinformation unterscheiden.

Offen zu empfangende Radio- und Fernsehprogramme mit pluralen Inhalten sind die Gewähr für eine zivilgesellschaftliche Widerstandskraft, die gerade in unübersichtlichen Situationen wie nach Naturkatastrophen, Terrorattacken oder (vorgeblichen) Umstürzen unerlässlich bleibt. Zum einen kann jeder Bürger so von den

Nächste Schritte:
Investitionen und Vor-
ausstationierung

Liberale und einige
Gesellschaften sind
wehrhaft

eigenen staatlichen Behörden erreicht werden, zum anderen ist er weniger manipulierbar.

Darüber hinaus sollten die NATO-Staaten ihren gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, um gegenüber Agitation von außen weniger verwundbar zu sein. Dazu gehören die Stärkung von Minderheitenrechten (wie Mitwirkungsrechte russisch sprechender Bevölkerungsteile in einzelnen NATO-Staaten oder die Integration von Roma-Angehörigen im Südosten der NATO), Aufstiegsmöglichkeiten für sozial Schwache und ein transparent funktionierender Rechtsstaat.

Wege zur Stärkung
der Zivilgesellschaft

Vielleicht ist es auch angeraten, die erprobten Berechnungsmethoden für einen Verteidigungsbeitrag nach NATO-Kriterien (und damit die zugrundeliegenden Spielregeln für das 2%-Ziel) zu überprüfen? In Zeiten hybrider Bedrohung können doch Aufwendungen der zivilen Gesellschaft für die Ausbildung von akademischen Spezialisten an Hochschulen nicht unberücksichtigt bleiben. Die NATO sollte ein ergänzendes statistisches Ziel zur Förderung der gesamtgesellschaftlichen Widerstandskraft etablieren. Wenn IT-, Sprach- und Kulturwissenschaftler ihren Beitrag für die Widerstandskraft von Zivilgesellschaften vorbereiten bzw. trainieren, dann dient dies auch der Vorbereitung auf die jederzeit mögliche Krise. Auch Denkfabriken und Geheimdienste brauchen Nachwuchs und damit eine langfristig klug angelegte Investition in die Ausbildung von „Fachleuten gegen hybride Drohung“.

Außenpolitik und ihre Voraussetzungen sind im Sinne der Stärkung der Widerstandskraft nicht nur Thema von NATO-Besprechungen; vielmehr müssen (außen-)politische Zusammenhänge von Abgeordneten in Parlamenten und den außenpolitisch erfahrenen Eliten geduldig der Bevölkerung erklärt werden, am besten im persönlichen Gespräch. Es genügt nicht, sich auf die mediale Vermittlung zu verlassen, Glaubwürdigkeit muss in der Fläche errungen werden. Nur so kann die Debatte nach Konsolidierung in den Hauptstädten befeuert werden, um am Ende zu angemessenem Handeln zu kommen.

Wenn Deutschland in diesem Zusammenhang ein neues NATO-Investitionsprogramm vorschlagen würde, gewönne eine Neubestimmung des im Bündnis anzuerkennenden Verteidigungsbeitrages an Überzeugungskraft. Man könnte formulieren: Nicht nur Vorausstationierung von Material, sondern auch gleichbedeutend mentale Vorbereitung der Bevölkerung auf den Fall, der nicht eintreten soll.

Übungen und Planung

Bislang wird bei der Planung militärischer Übungen der NATO-Streitkräfte von einem Ende der Übungen im Frieden ausgegangen. Eine mögliche Verschärfung während eines Übungszeitraumes bleibt bislang außer Betracht. Das kann bei einer überraschenden politischen Eskalation an der Ostgrenze falsch sein und zu hilflosem, ja sinnlosem Verhalten bis hin zu einer „Geiselnahme“ von vermeintlich temporär präsenten NATO-Kräften durch NATO-fremde Truppen führen. Insofern ist zu überlegen, wie NATO-Einheiten ausgestattet werden müssen, damit in einer solchen Krisensituation mit Hilfe von vorausstationiertem Material bzw. der Übernahme von ‚Kriegsvorräten‘ ein verteidigungsbereites Dispositiv aufwachsen kann, also die 30 Tage-Vorräte vor Ort im Übungsraum aufgenommen werden können. Das gilt sowohl für NRF-assignierte Einheiten der NATO-Übungsserie ‚Persistent Presence‘ als auch für die binational stattfindenden Übungen von U.S.-Einheiten in der Übungsserie ‚Atlantic Resolve‘. Unbedingt zu vermeiden ist eine Situation, in der NATO-Einheiten ohne durchhaltefähigen Nachschub sich nicht mehr bewegen kön-

nen, weil hybride „grüne Männchen“ diese Truppenteile als Geiseln genommen haben.

Die NATO muss sich mit derartigen Szenarien auseinandersetzen, um zu verhindern, dass die Führungsfähigkeit von militärischen Formationen in Zeiten der höchsten Anspannung nicht mehr funktioniert. So ist es problematisch, wenn deutsche Truppenteile nach der „reinen Lehre“ als übende Truppe einem deutschen TSK-Kommando unterstehen, um im Falle einer Lageänderung dann dem für Auslandseinsätze zuständigen (nationalen deutschen) Einsatzführungskommando der Bundeswehr neu unterstellt zu werden: ein Unterstellungswechsel in Zeiten der höchsten Not? Oder wenn darüber nachgedacht wird, wann das Korpskommando MNKNO in Stettin (Polen) „ganz schnell“ an das nach der NATO-Doktrin zuständige NATO-Kommando „Allied Land Command“ aus Izmir (Türkei) übergeben soll. Ohne penible Vorbereitungen sind das alles bislang Vorstellungen, die einem potentiellen Gegner in die Hände spielen und die Glaubwürdigkeit der NATO herabsetzen. Zu überlegen ist ferner, ob nicht ein „Baltic Mission Network“ (analog zu den Erfahrungen mit dem „Afghan Mission Network“ bei ISAF) die kontinuierliche Planung beim MNK Nordost alle Stettin zugeordneten präsenten Verbände verstetigen hilft.

Schließlich sollte eine aktualisierte Lagebeurteilung aus deutscher Sicht dafür sorgen, dass bereits beschlossene Rüstungsprogramme beschleunigt werden. Ein Beispiel: Das deutsche Waffensystem MILAN (1977) soll seit 2009 durch das Nachfolgesystem EuroSPIKE (MELLS - Mehrrollenfähiges Leichtes Lenkflugkörper-System) ersetzt werden. Das in Israel entwickelte und dort seit langem eingeführte System wirkt sowohl gegen gegnerische Hubschrauber während einer feindlichen operativen Luftlandung als auch gegen eine gepanzerte Angriffsspitze von gegnerischen Panzern. Wenn diese gegenüber dem System MILAN erweiterte Fähigkeit für die Abschreckung an der NATO-Ostflanke wesentlich ist, dann sollte doch eine beschleunigte Einführung und der baldige Beginn der Truppenausbildung folgerichtig sein.

Das U.S.-amerikanische Wettbewerbsprodukt JAVELIN wird von der U.S. Army und anderen Bündnispartnern bereits heute genutzt, weil es gegen die aktuelle Bedrohungen heute erforderlich ist. Wichtig hier ist nur, dass auch ein deutscher Verband sich adäquat wehren kann, im Falle eines Falles, ohne auf andere NATO-Alliierte angewiesen zu sein.

Neben Fähigkeiten zur Panzerabwehr sind an der Ostgrenze des NATO-Territoriums auch die Wirkungsmöglichkeiten der Artillerie bzw. Mörserkampfsysteme zur Abriegelungen von Einbrüchen oder gegen taktische Luftlandungen neu zu betrachten. Zu den Vorbereitungen gehört schließlich auch hier eine vorausschauende Munitionsbevorratung in den möglichen Einsatzräumen. Als ein Zeichen von Entschlossenheit sollte die Bundesregierung die Bundeswehr-Einheiten, die für die Übungsserie „Persistent Presence“ vorgesehen werden, für die Jahre 2017 ff. bereits im Vorfeld des Gipfels zusagen.

Vereinfachte Kommandostrukturen sind notwendig

Regelmäßige, realistische Übungen

Beratungen nach Art. IV stärken die Reaktionsfähigkeit

Geographie kann man nicht ändern: In der NATO muss man akzeptieren, dass aus portugiesischer Sicht Bedrohungen anders bewertet werden als aus der Sicht der baltischen Staaten. Das gegebene Mittel sind intensive Konsultationen nach Art. IV des NATO-Vertrages, auch um ‚contingencies‘ zu synchronisieren.

Bei den nun anstehenden Planungen im Bündnis schon im Frieden kann sich die NATO ein wenig an den alten Erfahrungen (beispielsweise rechtzeitige Auslösung „ReForGer“, also der Verlegung von bereitgehaltenen, mit dem Gelände und der Aufgabenstellung vertrauten Reserveformationen) orientieren, die in den Jahrzehnten der Blockkonfrontation für eine glaubwürdige, konventionelle Abschreckung sorgten.

Auch vor einer Beschlussfassung nach Art. V sollten weitere Maßnahmen bedacht und vorgeplant werden, jeweils begleitet von klaren kommunikativen Botschaften gegenüber dem möglichen Gegner und der Weltöffentlichkeit:

- Einleitung vieler ziviler Maßnahmen in nationaler Zuständigkeit (Leistungsgesetze für die Krise, vereinfachte Zollabfertigung an den Grenzen und Anforderung von HNS-Leistungen durch NATO-Kommandeure)
- Übernahme der Führung von NATO-assignierten Streitkräfteumfängen durch die integrierten NATO-Kommandos bzw. Aktivierung von NATO-zertifizierten Stäben (wie des MNK Nordost)
- Einstellung des militärischen Übungsbetriebes und Einnahme von Verteidigungsstrukturen
- Freigabe von nationalen (strategischen) Vorräten etc.
- Verhandlungen über Unterstützungsleistungen durch Nicht-NATO-Partner (z.B. Nutzung deren Luftraumes durch NATO-Streitkräfte, Übernahme von Verpflichtungen von NATO-Staaten gegenüber der UN und regionalen Sicherheitsbündnissen).

Der NATO-Wahlspruch „vigilia pretium libertatis – Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“ gewinnt so in der Vorbereitung des Warschauer Gipfels und dessen Beschlüssen neue Bedeutung.

Politische Beratungen
der NATO ausweiten
und intensivieren

Der Autor

*Oberst d.R. Dr. Heinz Neubauer (*1957), Dipl.-Wirtschaftsingenieur (Karlsruhe) und Master of Science (GaTech Atlanta), Promotion in Betriebswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. Logistik-Stabsoffizier der Reserve in der Bundeswehr – seit 2002 eingeplant im Einsatzführungskommando der Bundeswehr. Vizepräsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. Bonn/Berlin. Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung.*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Ansprechpartner:

Dr. Patrick Keller

Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik

Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit

Telefon: +49(0)30/26996-3510

E-Mail: patrick.keller@kas.de

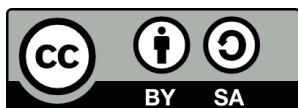
Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Kontakt zum Thema Publikationen:

publikationen@kas.de

ISBN 978-3-95721-212-2

www.kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

*Bildvermerk Titelseite
©Zerbor, fotolia.com*